

**2017-2**  
MIDEM-Bericht

**DIE WAHL  
ZUM TSCHECHISCHEN  
ABGEORDNETENHAUS 2017  
VON KRISTINA CHMELAR**



MIDEM ist ein Projekt der **Technischen Universität Dresden** in Kooperation mit der **Universität Duisburg-Essen**, gefördert durch die **Stiftung Mercator**. Es wird von Prof. Dr. Hans Vorländer, TU Dresden, geleitet.

**Zitiervorschlag:**

*Chmelar, Kristina* 2017: Die Wahl zum tschechischen Abgeordnetenhaus 2017, MIDEM-Bericht 02/17, Dresden.

# INHALTSVERZEICHNIS

	<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	4
<b>1.</b>	<b>DIE WAHL ZUM TSCHECHISCHEN ABGEORDNETENHAUS 2017</b>	4
<b>2.</b>	<b>UMFASSENDES MISSTRAUEN UND EIN FLUIDES PARTEIENSYSTEM</b>	5
<b>3.</b>	<b>WAHLKAMPF</b>	7
3.1	Andrej Babiš: Ein nationalistischer, antieuropäischer Populist?	7
3.2	Welche Rolle spielten die Themen Flucht und Migration?	8
<b>4.</b>	<b>DAS WAHLERGEBNIS IM EINZELNEN</b>	10
4.1	Was bedingte den großen Erfolg der ANO?	11
4.2	Wie kam es zum Wahl-Fiasko der Linken?	13
4.3	Wie erklärt sich der Einzug von drei Neulingen in das Abgeordnetenhaus?	14
<b>5.</b>	<b>AUSBLICK</b>	14
	<b>LITERATURVERZEICHNIS</b>	15
	<b>AUTORIN</b>	18
	<b>IMPRESSUM</b>	19

## ZUSAMMENFASSUNG

**Mit einem Vorsprung von über 18 Prozentpunkten auf die zweitplatzierte bürgerlich-liberale ODS gewann die erst 2011 gegründete ANO die Wahl.** Die programmatisch breit gefächerte Bewegung war in der vergangenen Legislaturperiode als zweitstärkste Kraft an der sozialdemokratisch geführten Regierung beteiligt. Auf das Engste verknüpft ist sie mit der Person ihres Gründers, dem Milliardär Andrej Babiš. Nicht zuletzt aufgrund der gegen ihn anhängigen Strafverfahren zeichnet sich eine schwierige Regierungsbildung ab.

**Für die sozialdemokratische ČSSD wie die kommunistische KSČM, d.h. für die etablierten linken Parteien, war die diesjährige Wahl ein Fiasko.** Beide Parteien erreichten jeweils nicht einmal 8 Prozent und sanken erstmals in den einstelligen Bereich. Die Sozialdemokraten fielen dabei von Platz eins in der vergangenen Wahl auf Platz sechs. Die Kommunisten, die traditionell über eine relativ große Stammwählerschaft verfügten, halbierten ihr Ergebnis von 2013. Grund für den Einbruch beider Parteien ist hauptsächlich die Wanderung ihrer Wählerschaft zur ANO.

**Im Wahlergebnis von 2017 setzt sich ein signifikanter Wandel des tschechischen Parteiensystems fort.** Dominierten noch zwei Großparteien, die sich entlang einer Links-Rechts-Achse einordnen ließen, die Politik bis weit in die 2000er-Jahre, gibt es seit der Wahl von 2013 nur mehr eine Partei, die die Zwanzigprozentmarke überschreitet. Zugleich präsentiert sich die parlamentarische Parteienlandschaft zunehmend fragmentiert. Die aktuelle Wahl ermöglichte gleich drei neuen politischen Gruppierungen den Einzug in das Abgeordnetenhaus.

**Der Themenkomplex Flucht und Migration spielte im Wahlkampf zwar eine Rolle, sorgte allerdings kaum für politische Kontroversen.** Mit Ausnahme der Piraten bringen alle Parteien und Bewegungen, die den Einzug in das Abgeordnetenhaus geschafft haben, in ihren Programmen mehr oder minder deutlich ihre ablehnende Haltung hinsichtlich einer (über Quoten geregelten) Aufnahme von Geflüchteten zum Ausdruck. Im Wahlkampf selbst wurde zwischen Flucht und Migration nicht unterschieden. Der Komplex wurde als Gefahr für innere Sicherheit und nationale Identität thematisiert.

## GLOSSAR POLITISCHER GRUPPIERUNGEN

<b>ANO</b>	Aktion unzufriedener Bürger ( <i>Akce nespokojených občanů</i> )
<b>ČSSD</b>	Tschechische Sozialdemokratische Partei ( <i>Česká strana sociálně demokratická</i> )
<b>KDU-ČSL</b>	Christdemokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei ( <i>Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová</i> )
<b>KSČM</b>	Kommunistische Partei Böhmens und Mährens ( <i>Komunistická strana Čech a Moravy</i> )
<b>ODS</b>	Bürgerlich-Demokratische Partei ( <i>Občanská demokratická strana</i> )
<b>SPD</b>	Freiheit und direkte Demokratie ( <i>Svoboda a přímá demokracie</i> )
<b>STAN</b>	Bürgermeister und Unabhängige ( <i>Starostové a nezávislí</i> )
<b>TOP 09</b>	Tradition, Verantwortung, Wohlstand ( <i>Tradice, odpovědnost, prosperita</i> )

## 1 DIE WAHL ZUM TSCHECHISCHEN ABGEORDNETENHAUS 2017

Mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 20. und 21. Oktober 2017 endete in Tschechien der diesjährige europäische Wahlmarathon. Rund 8,4 Millionen Tschechinnen und Tschechen hatten dabei die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben und 200 Abgeordnete für die nächsten vier Jahre zu wählen. Am Ende des Urnengangs steht nun folgendes Ergebnis:

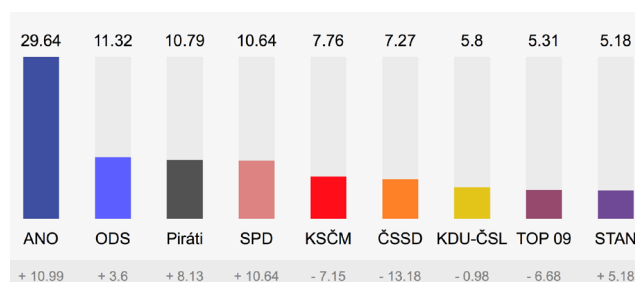


Abbildung 1: Ergebnis der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2017 (Aktualne.cz 2017).

Noch im September gab laut einer Befragung des staatlich finanzierten Zentrums für Meinungsforschung (*Centrum pro výzkum veřejného mínění*, CVVM) nahezu ein Viertel der Wahlberechtigten an, es werde bestimmt nicht wählen gehen; fast jeder fünfte war unentschlossen (CVVM 2017a, S. 3). Davon abgesehen prognostizierten die größten Meinungsforschungsinstitute des Landes dreierlei: 1) dass

die ANO die Wahl gewinnen würde, 2) dass mit der ČSSD und der KSČM die beiden etablierten linken Parteien zwar Einbußen würden hinnehmen müssen, aber dennoch Platz zwei bzw. drei erringen könnten und 3) dass sich das parlamentarische Parteienspektrum stärker fragmentieren würde und möglicherweise sogar zwei neue politische Gruppierungen<sup>1</sup> in das Abgeordnetenhaus einziehen könnten (ebd., S. 4 oder MEDIAN 2017a, S. 8).

Am Ende kam vieles anders. Dass die ANO mit einem derart großen Vorsprung vor der politischen Konkurrenz gewinnen würde, dass Sozialdemokraten wie Kommunisten so hohe Stimmverluste würden hinnehmen müssen und dass mit den liberalen Piraten, der rechtsradikalen SPD und den gemäßigten STAN gleich dreie neue Gruppierungen in das Abgeordnetenhaus einziehen würden, damit hatte offenkundig niemand aus der Demoskopie gerechnet. Um ernsthaft zu verstehen, wie es zu diesem Ergebnis kommen konnte, ist ein näherer Blick auf die politische Kultur des Landes unausweichlich.

## 2 UMFASSENDES MISSTRAUEN UND EIN FLUIDES PARTEIENSYSTEM

Eine, wenn nicht sogar die maßgebliche Besonderheit der politischen Kultur in Tschechien ist das umfassende Misstrauen der Bevölkerung in nahezu alle politischen Institutionen. Seit Ende 1991 liegt etwa das Misstrauen gegenüber dem Abgeordnetenhaus (*Poslanecká sněmovna*) als der unteren und wichtigeren Parlamentskammer in Tschechien (Vodička 2010, S. 283) konstant über 45 Prozent. Befragungen ergaben aber auch schon öfters Werte von über 80 Prozent. Im April 2017, zum letzten Zeitpunkt der Erhebung, sprachen knapp 65 Prozent der Befragten dem Abgeordnetenhaus ihr Misstrauen aus (CVVM 2017b). Vergleichbare Werte finden sich auch für den Senat (*Senát*). Gegenüber der oberen Parlamentskammer hegen über 60 Prozent der Tschechinnen und Tschechen einen nahezu konstanten Argwohn (CVVM 2017c). Im EU-weiten Vergleich hat Tschechien nach Griechenland das höchste Misstrauen gegenüber dem Parlament (EC 2017a).

Ähnlich wie das Verhältnis der Bevölkerung zum Parlament gestaltet sich ihre Beziehung zur Regierung. Seit 1997 ist das Misstrauen in das jeweilige Kabinett nahezu durchgängig höher als das Vertrauen. Regelmäßig be-

kunden in repräsentativen Umfragen über 40 Prozent, bisweilen sind es sogar über 80 Prozent der Befragten, sie vertrauten der Regierung nicht. Im April 2017 lag der Misstrauenswert bei 56 Prozent (CVVM 2017d). EU-weit liegt Tschechien damit hinter Griechenland und Spanien auf Platz drei (EC 2017b).

Obwohl Wahlen zum Abgeordnetenhaus regulär alle vier Jahre stattfinden sollten, hat bislang kaum eine Regierung die gesamte Legislaturperiode überdauert. Vorzeitige Wahlen sind in Tschechien also die Regel. Eine der wenigen Ausnahmen stellt die letzte Regierung dar, an der neben den Sozialdemokraten die nun siegreiche ANO und die Christdemokraten beteiligt waren.

In den 1990er- und 2000er-Jahren galt das tschechische Parteiensystem als stabil (Cabada/Tomšić 2016, S. 36). Es gab zwei Großparteien, die sich entlang einer Links-Rechts-Achse sortieren ließen: die Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD) als eine der wenigen historischen Parteien des jungen tschechischen Staates linkerseits und die Bürgerlich-demokratische Partei (ODS) rechterseits.<sup>2</sup> Bis zur diesjährigen Abgeordnetenhauswahl führte immer eine von beiden die Regierung an. Im Parlament hält sich daneben kontinuierlich nur eine Partei: die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM).<sup>3</sup> Abgesehen von einer Legislaturperiode war bislang auch die Christdemokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei (KDU-ČSL) als eine „Partei der Mitte“ (Vodička 2010, S. 290) im Abgeordnetenhaus vertreten.

Neben den genannten (relativen) Konstanten im tschechischen Parteiensystem schafften in den vergangenen zweieinhalb Dekaden insgesamt sechs kleinere Gruppierungen den Einzug ins Parlament. Bis auf eine Ausnahme, die sich zwei Legislaturperioden behaupten konnte, fielen sie in der darauffolgenden Wahl jedoch wieder durch. Eine bürgerlich-liberale Partei, die sich seit der Wahl von 2010 im Abgeordnetenhaus hält, ist die TOP 09. Bei der vorgezogenen Wahl von 2013 schaffte es darüber hinaus eine Catch-all-Bewegung<sup>4</sup> in die untere Parlamentskammer. Sie sollte nahezu die ganze Aufmerksamkeit auf sich ziehen: Die Rede ist von der ANO unter Führung von Andrej Babiš. Das Akronym steht für Aktion unzufriedener Bürger und deutet bereits an, dass es sich um eine Protestbewegung handelt. Zugleich bedeutet ano im Tschechischen „ja“.

1 Ist im Folgenden von politischen Gruppierungen die Rede, so sind damit sowohl politische Parteien als auch politische Bewegungen im Sinne unterschiedlicher Organisationsformen gemeint. Während es Parteien traditionell darum geht, Mitglieder in Regierungsämtern zu platzieren, geht es Bewegungen eher darum, abseits etablierter politischer Institutionen durch ihre Agenda zu überzeugen. Mit Blick auf die in Tschechien zunehmend häufige Selbstbezeichnung politischer Gruppierungen als Bewegungen einerseits und die hier noch eingehender zu skizzierende politische Kultur des Landes andererseits, erscheint jedoch auch ein semantischer Aspekt bemerkenswert: Nachdem das Misstrauen in etablierte politische Institutionen – darunter auch Parteien – regelmäßig Rekordwerte erreicht, verspricht der Begriff „Bewegung“ einen Mehrwert. Ihre Mitglieder können sich so auch in sprachlicher Hinsicht vom System abgrenzen.

2 Dominierte die wirtschaftsliberale und wertkonservative ODS unter Václav Klaus die Transformationsphase der 1990er-Jahre und mit Unterbrechungen auch die 2000er-Jahre, stellten die Sozialdemokraten von 1998 bis 2006 und ab 2014 jeweils den Ministerpräsidenten. Den Höhepunkt ihres gemeinsamen Erfolges erreichten beide Parteien 2006, als sie bei der Wahl knapp 68 Prozent aller gültigen Stimmen auf sich vereinen konnten. Einen massiven Stimmenverlust erlitt die ODS zunächst bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von 2010 und danach bei dem vorgezogenen Urnengang von 2013. Dafür verantwortlich waren hauptsächlich parteiinterne Richtungsstreits und diverse Skandale um die Parteiführung. Seither liegt die ODS nur mehr bei Werten um zehn Prozent.

3 Die tschechischen Kommunisten sind im postkommunistischen Zentraleuropa insofern ein Unikat, als sie sich nach der Wende nicht einmal einen neuen Namen gaben. Bis heute ist ihre Programmatik zutiefst orthodox (Handl 2002).

4 In Anlehnung an die klassische Definition von Otto Kirchheimer (1965), welcher sogenannte Catch-all-Parties von programmatisch vergleichsweise klar ausgerichteten und an bestimmte Milieus gebundenen Parteien unterscheidet, werden Catch-all-Bewegungen hier verstanden als „mass-based vote-maximizing organizations that adjust their orientations and tactics so as to appeal to as large an electorate as needed to win elections“ (Safran 2009, S. 545).

In der Gesamtschau ist die Dynamik des Parteiensystems in Tschechien bemerkenswert groß. Über die mit Transformationsprozessen verbundenen Wirren allein lässt sich dies nicht erklären. Wesentlich schwerer wiegt das gegenüber sämtlichen politischen Institutionen und Gruppierungen stark ausgeprägte Misstrauen der Tschechinnen und Tschechen – und damit auch gegenüber den Parteien. Seit dem Beginn einer Erhebung von 2001 neigen über 70 Prozent der tschechischen Bevölkerung dazu, den Parteien zu misstrauen. Im Mai 2017 war das entsprechende Misstrauen im EU-weiten Vergleich nach Griechenland, Spanien und Zypern in Tschechien mit 75 Prozent das größte (EC 2017c).

Vor diesem Hintergrund erklären sich auch die seit Jahren mit ca. 60 Prozent vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung und die relativ hohe Volatilität des Wahlverhaltens. Die politische Kultur Tschechiens bietet einen ausgesprochen fruchtbaren Nährboden für neue Parteien und Bewegungen. Schließlich konzentriert sich das Misstrauen der Bevölkerung (noch) auf andere politische Institutionen, Gruppen und Subjekte. Dazu spielt nicht zuletzt aus demselben Grund eine personalisierte Politik eine größere Rolle als etwa im Westen (Cabada/Tomšić 2016, S. 37). Vergleichsweise leicht schafften es Einzelpersonen immer wieder, sich als nicht korruptiert vom herrschenden System zu präsentieren und damit Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen.

Von Polemiken über das Establishment oder die Politik des Landes lässt sich die tschechische Bevölkerung bis heute gerne beeindrucken. Nahezu ohne Unterbrechung ist sie seit Dezember 1991 mit der politischen Situation mehrheitlich unzufrieden:

Misstrauen und Unzufriedenheit beschränken sich jedoch nicht auf das Inland. Auch für das Verhältnis zur EU ergeben Erhebungen ähnliches: Überwog in den ersten Jahren nach dem EU-Beitritt 2004 in Tschechien noch das Vertrauen etwa in den Rat der Europäischen Union (EC 2017d), die Kommission (EC 2017e) oder das Europäische Parlament (EC 2017f), dominiert bezüglich allen drei Organen seit 2011 das Misstrauen. Unweigerlich drängt sich die Frage auf, was diese extrem negativen Einstellungen bedingt. Zwei Faktoren erscheinen dabei naheliegend: zum einen die wirtschaftliche Lage, zum anderen die politische Kultur.

Ein Blick auf aktuelle makroökonomische Daten liefert ein ambivalentes Bild. Tschechien befindet sich seit einigen Jahren in einer konjunkturellen Aufschwungphase. 2016 lag das Wirtschaftswachstum bei 2,4 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf erreichte mit 16.500 Euro im ostmitteleuropäischen Vergleich einen sehr guten Wert. Die Bruttoverschuldung des Staates lag bei 37,2 Prozent des BIP, der Haushaltsüberschuss bei 0,6 Prozent. Nachdem die Inflationsrate 2016 unter einem Prozent lag, pendelte sie sich 2017 bei etwa zwei Prozent ein. Mit einer Arbeitslosenquote von 2,9 Prozent hat Tschechien im EU-weiten Vergleich aktuell den geringsten Wert. Das Durchschnittseinkommen beträgt mit 27.889 Kronen knapp 1.100 Euro und ist im ostmitteleuropäischen Vergleich hoch (ČSÚ 2017).

Obleich etwa tschechische Rentnerinnen und Rentner oder Menschen mit niedrigem Bildungsgrad regelmäßig weit entfernt sind von dem genannten Durchschnittseinkommen und das tschechische BIP pro Kopf nicht einmal halb so hoch ist wie etwa das aktuelle deutsche mit 37.866 Euro, erklären auch ökonomische Längsschnittstudien die bemerkenswert konstante wie hohe Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der politischen Sphäre

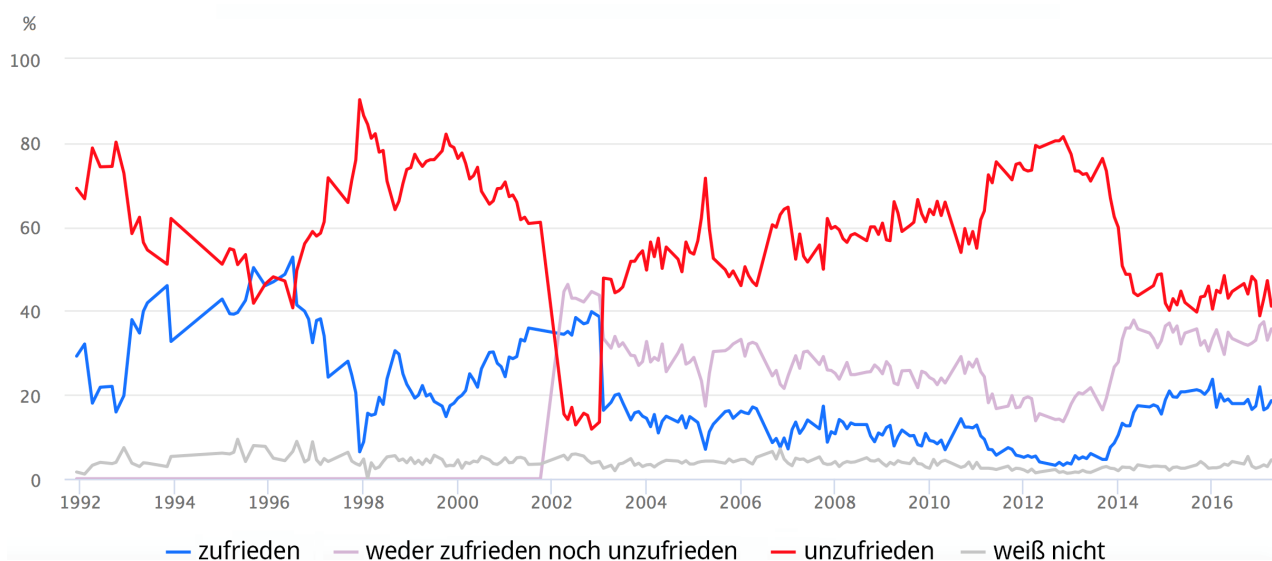


Abbildung 2: Zufriedenheit mit der politischen Situation (CVVM 2017e).

nur zum Teil: Die Bewertungen der ökonomischen Lage (CVVM 2017f) und der politischen Situation korrelieren nur bedingt.<sup>5</sup> Studien, die beispielsweise die ökonomische Situation der privaten Haushalte (CVVM 2017g) oder die Lebenszufriedenheit generell (CVVM 2017h) fokussieren, offenbaren eine noch größere Kluft zwischen den in wirtschaftlicher und allgemeiner Hinsicht relativ zufriedenen Tschechinnen und Tschechen einerseits und ihrem Unmut über die politische Sphäre andererseits.

Im Einzelnen ist dieser Unmut durch verschiedene Faktoren bedingt. In der Wissenschaft gilt als eine wichtige Erklärung etwa die Häufigkeit politischer Skandale, gepaart mit einer allgemeineren Verantwortungslosigkeit politischer Eliten (Cabada/Tomšić 2016, S. 35).<sup>6</sup> Um das schlechte Ansehen der politischen Institutionen in der Bevölkerung grundsätzlich zu erklären, erscheint das folgende politisch-kulturelle Argument jedoch überzeugender: Traditionell beschreiben sich Tschechinnen und Tschechen als eine in der Geschichte überwiegend fremdbestimmte Großgruppe. Nach Jahrhunderten unter der Habsburgermonarchie folgte mit knapp 20 Jahren eine vergleichsweise kurze Zeit tschechoslowakischer – und demokratischer! – Eigenstaatlichkeit, bevor das nationalsozialistische Deutschland die Teilung des Landes und im Anschluss daran die Umwandlung des übrigen Teils zum sogenannten Protektorat Böhmen und Mähren forcierte. Nur wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlangte mit der kommunistischen Sowjetunion der nächste Hegemon die Oberhand. Als frei und selbstbestimmt empfindet sich die tschechische Bevölkerung – nach ihrer Loslösung vom slowakischen Teil 1993 – somit noch nicht sonderlich lange. Neuerliche internationale Verpflichtungen, wie sie nicht zuletzt mit dem EU-Beitritt einhergingen, bewerten viele eher skeptisch. Die skizzierte historische Meistererzählung bedingt bis heute maßgeblich den krassen Bruch zwischen dem Establishment samt zugehörigen Institutionen auf der einen und den ‚gewöhnlichen Leuten‘ auf der anderen Seite. Allein im Kontext dieser Besonderheit der tschechischen politischen Kultur lässt sich die diesjährige Wahl zum Abgeordnetenhaus verstehen.

### 3 WAHLKAMPF

Zwei Aspekte gelten aktuell besonders in den westeuropäischen Staaten als Lackmustests dafür, ob ein EU-Mitglied (eher) pro- oder antieuropäisch ist: der Typ politischer Führung (liberal-demokratisch vs. autoritär) und die Positionierung zur sogenannten Flüchtlingsfrage (Aufnahme vs. Nicht-Aufnahme von Geflüchteten). Ungeachtet dessen, dass dieser politische Ein- und Ausschlussmechanismus

unterkomplex ist, richteten sich die Augen der meisten Beobachter des tschechischen Wahlkampfs entsprechend auf zweierlei: Andrej Babiš als ANO-Vorsitzenden und potenziellen Wahlsieger und den Diskurs zu Flucht und Migration. Kreiste die parteipolitische Auseinandersetzung, darauf konnten sich nahezu alle Kommentatoren verständigen, nicht erst mit Wahlkampfbeginn allem voran um die Figur Babiš (exemplarisch siehe Barner/Resl 2017, S. 2 oder Hanley 2017), erschienen Flucht und Migration vielen als wahlirrelevante Themen (exemplarisch siehe Janzer 2017 oder Schmidt 2017). Letztere Einschätzung trifft jedoch nur in gewisser Hinsicht zu.

#### 3.1 ANDREJ BABIŠ: EIN NATIONALISTISCHER, ANTIEUROPÄISCHER POPULIST?

Bereits im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahl hatte selbst die internationale Presse vergleichsweise häufig über Andrej Babiš berichtet (exemplarisch siehe Schwarz 2013, Puhl 2013, Financial Times 2016 oder Le Monde 2016). Die entsprechenden Artikel rückten ihn nonchalant in eine Reihe mit dem ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, später auch mit Donald Trump (Nejezchleba 2016). Im Zusammenhang mit der sogenannten Flüchtlingskrise kam auch der Vergleich von Babiš mit Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński in Mode (exemplarisch siehe Beermann 2017). Die meinungsbildenden Massenmedien zeichnen damit seit Jahren ein düsteres Bild von Babiš: „as a nationalistic, anti-EU populist itching to team up extremist parties to tip yet another Central European country on a path toward illiberal democracy“ (Hanley 2017).<sup>7</sup> Durch sein Verhalten tat Babiš schließlich auch seines dazu, Wertungen wie die genannten zu provozieren. Der Wahlkampf geriet stellenweise zu einem Wahlkrampf. Ein Vergleich mit Orbán und Kaczyński jedoch hinkt. Auch wenn mit Blick auf die gemeinsame Positionierung im EU-Flüchtlingsdiskurs die Ähnlichkeitsbehauptung der drei Politiker naheliegender scheint, trennt Babiš von seinen ostmitteleuropäischen Kollegen einiges (Becker 2017). Der gebürtige Slowake ist – obwohl auch er bisweilen patriotische Parolen von sich gibt – weder harter Nationalist noch Anti-Europäer (Economist 2017a). Auch will er in Tschechien „keine messianischen ideologischen Projekte verwirklichen“ (Verseck 2017). Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt auch der Ostmitteleuropa-Experte Séan Hanley (2017): „Although not without a sinister authoritarian streak, Babiš's power-hungry technocratic populist vision is, in short, more a mix of Harvard Business School and nomenklatura capitalism, than the counter-cultural, anti-Western conservative nationalism on show in Hungary or Poland.“

5 Während seit 2016 etwa die Zahl derer, die die wirtschaftliche Lage des Landes entweder als „gut“ oder als „weder gut noch schlecht“ beurteilen, auf 80 Prozent gestiegen ist, zeigen sich über 40 Prozent der Befragten mit der Politik unzufrieden (CVVM 2017f).

6 Ein anschauliches Beispiel für die genannte Verantwortungslosigkeit liefern mehrere, von der sozialdemokratischen Opposition initiierte Misstrauensvoten gegen die ODS-geführte Regierung. Infolge der 2009 schließlich erfolgreichen Abstimmung musste die Regierung ihren Rücktritt erklären. Tschechien hatte zu dieser Zeit die EU-Ratspräsidentschaft inne und präsentierte sich auf internationaler Ebene damit nicht gerade von seiner zuverlässigsten Seite.

7 Nicht nur Massenmedien, auch die politikwissenschaftliche Zeitschrift Foreign Policy schlägt wenn nicht in dieselbe, so doch in eine naheliegende Kerbe: „Now the Czechs Have an Oligarch Problem, Too“ lautet der Titel eines 2015 erschienenen Beitrags. Die Autor\_innen vertreten darin die These, Babiš schicke sich an, die demokratischen Institutionen im Herzen Europas auszuhöheln (Cichowlas/Foxhall 2015).

Obwohl auch der Vergleich von Babiš mit Berlusconi und Trump aus diversen Gründen nicht trägt, erscheint er analytisch doch relativ fruchtbar, denn in zwei wichtigen Punkten ähneln sich alle drei: Erstens gelingt es Babiš, sich ähnlich wie Berlusconi und Trump gegenüber einer nicht zu vernachlässigenden Zahl von Wählerinnen und Wählern glaubwürdig als Non-Party-Politician darzustellen. Solche Politiker – im Regelfall handelt es sich um Männer – zeigen sich als charismatische Außenseiter, die mit den etablierten politischen Strukturen und Akteuren nichts zu tun haben und auch deshalb fähig sind, einen vermeintlichen Volkswillen zu repräsentieren. Obgleich Babiš ähnlich wie Berlusconi und Trump durchaus zur Elite des Landes gezählt werden sollte, vermittelt er regelmäßig den Eindruck, er dächte und handelte wie Max Mustermann (Cabada/Tomšić 2016, S. 43). In Tschechien würde man sagen: wie Jan Novák oder Karel Vomáčka.

Zweitens handelt es sich bei Babiš wie auch bei Berlusconi und Trump um Personen, die mit massiven Interessenkonflikten verknüpft sind (Economist 2017b). Der Fall Babiš präsentiert sich wie folgt: Mitte der 1990er-Jahre, d.h. zu einer Zeit des sogenannten wilden Kapitalismus, übernahm der Wirtschaftsingenieur Babiš die Agrar- und Chemie-Holding Agrofert. Wie er die Übernahme finanzierte, ist unklar. Was hingegen klar ist: Heute gehören zu Agrofert (2017) weltweit über 250 Firmen. Laut einer aktuellen Schätzung von Forbes (2017) ist der 63-Jährige mit einem Vermögen von 4 Milliarden Dollar der zweitreichste Tscheche.

Babiš ist aber nicht nur Unternehmer und Milliardär. Er ist auch Medieneigentümer im großen Stil. Mitte 2013 übernahm eine Agrofert-Tochter das Medienunternehmen MAFRA, zu dem nicht nur die tschechischen überregionalen Tageszeitungen *Lidové noviny* und *Mladá fronta Dnes* gehören, sondern unter anderem auch Druckereien, private Fernsehkanäle, Internetportale und Radiosender. Gemäß einer Schätzung von 2013 wurden alle Angebote zusammen von 1,75 Millionen Menschen wahrgenommen (EJO 2013). Durch den Zukauf weiterer Medien in den Folgejahren dürfte diese Zahl inzwischen noch höher sein.

Laut eigener Aussage ging Babiš aus persönlicher Unzufriedenheit in die Politik. 2011 gründete er die Bürgerinitiative ANO, ein Jahr danach ließ er sie als politische Bewegung registrieren. Schon kurze Zeit später gehörte Babiš zu den präsentesten Personen im tschechischen politischen wie massenmedialen Diskurs. Aus dem Stand erreichte seine ANO bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von 2013 über 18 Prozent. Als zweitstärkste Kraft des Landes beteiligte sie sich an der anschließend gebildeten Regierung unter sozialdemokratischer Führung. Babiš wurde Finanzminister und Vizepremier.

Unternehmer, Medieneigentümer und hochrangiger Politiker – kann das gutgehen? Folgende Ereignisse lassen daran zweifeln: Im Mai 2017 musste Babiš seinen Ministerposten räumen. Zum einen gelangten geleakte Tondokumente in Umlauf. Darauf diskutiert Babiš mit einem Redakteur der *Mladá fronta Dnes* die Veröffentlichung von Artikeln, die einige seiner sozialdemokratischen Konkurrenten in Misskredit bringen sollten (ČT24 2017a). Zum anderen bestand ein bis heute ungeklärter Verdacht auf Steuerbetrug (Spiegel 2017). Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Welle an Skandalen rund um Babiš im August 2017. Der Gegenstand: ein Business-and-Wellness-Resort namens Storchennest (*Čapí hnízdo*). Für den Ausbau der Anlage soll der Großunternehmer Babiš unrechtmäßig an EU-Fördergelder, die für kleine und mittelständische Unternehmer gedacht waren, gekommen sein. Neben tschechischen Behörden ermittelt auch das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF in dieser Angelegenheit. Die Aufhebung der Immunität von Babiš und seinem Parteikollegen wie Agrofert-Angestellten Jaroslav Faltýnek beschlossen die tschechischen Abgeordneten noch sechs Wochen vor der Wahl mit großer Mehrheit.

Als i-Tüpfelchen auf der Babiš-Kontroverse kann die jüngste Entscheidung des slowakischen Verfassungsgerichts gelten: Dieses hat der Beschwerde des slowakischen Instituts für das Gedächtnis der Nation (*Ústav pamäti národa, ÚPN*) stattgegeben. Simultan wurde damit eine gerichtliche Entscheidung aufgehoben, der zufolge keine hinreichenden Beweise dafür existierten, dass Babiš vor der Wende wesentlich mit dem Staatssicherheitsdienst zusammengearbeitet habe (Washington Post 2017). Gäbe es solche Beweise, wäre Babiš gemäß der sogenannten Lustrationsgesetze<sup>8</sup> außerstande, in Tschechien hohe politische Ämter wie das eines Ministers oder gar Ministerpräsidenten zu bekleiden.

### 3.2 WELCHE ROLLE SPIELTEN DIE THEMEN FLUCHT UND MIGRATION?

Abseits der Kontroverse um Andrej Babiš hätte es freilich genug Themen gegeben, für die die Parteien und Bewegungen potenzielle Wählerinnen und Wähler hätten begeistern können. Eine repräsentative Umfrage im Rahmen des Eurobarometers vom Mai 2017 veranschaulicht etwa die Relevanz bestimmter Sachfragen (siehe Abbildung 3).

Eine Umfrage des CVVM (2017i, S. 2) demgegenüber zeigt, dass die Befragten die Korruption für das dringlichste Problem des Landes halten (64 Prozent). Wie bei der Eurobarometer-Umfrage folgt gleich an zweiter Stelle – und vor dem drittplatzierten Thema Wirtschaftskriminalität – für 61 Prozent der Befragten das Thema Immigration. Im Jahr 2016 war es noch auf Platz eins (CVVM 2017i, S. 2). Mit Blick auf diese Ergebnisse erweckte die massenmediale

8 Unter die tschechoslowakische Lustrationsgesetzgebung von 1991 fallen zwei Rechtsakte: ein sogenanntes großes und kleines Lustrationsgesetz. Beide regeln Prüfverfahren, in deren Rahmen für bestimmte politische Ämter die Lebensläufe von Inhabern und Anwärtern gleichermaßen ‚erhellt‘ werden. Ab einem bestimmten Grad der Einbindung in das kommunistische System bleibt ein Amt einer Person verschlossen. Im Anschluss an die Wende sollten auf diese Weise Einflussmöglichkeiten von Angehörigen der kommunistischen Funktionselite auf die neue Ordnung beschränkt werden. Obwohl diese Gefahr inzwischen relativ gering ist, gelten die Gesetze bis heute – wie am Fall Babiš zu sehen ist, nicht nur aus symbolischen Gründen.



What do you think are the two most important issues facing (OUR COUNTRY) at the moment?  
(05/2017)

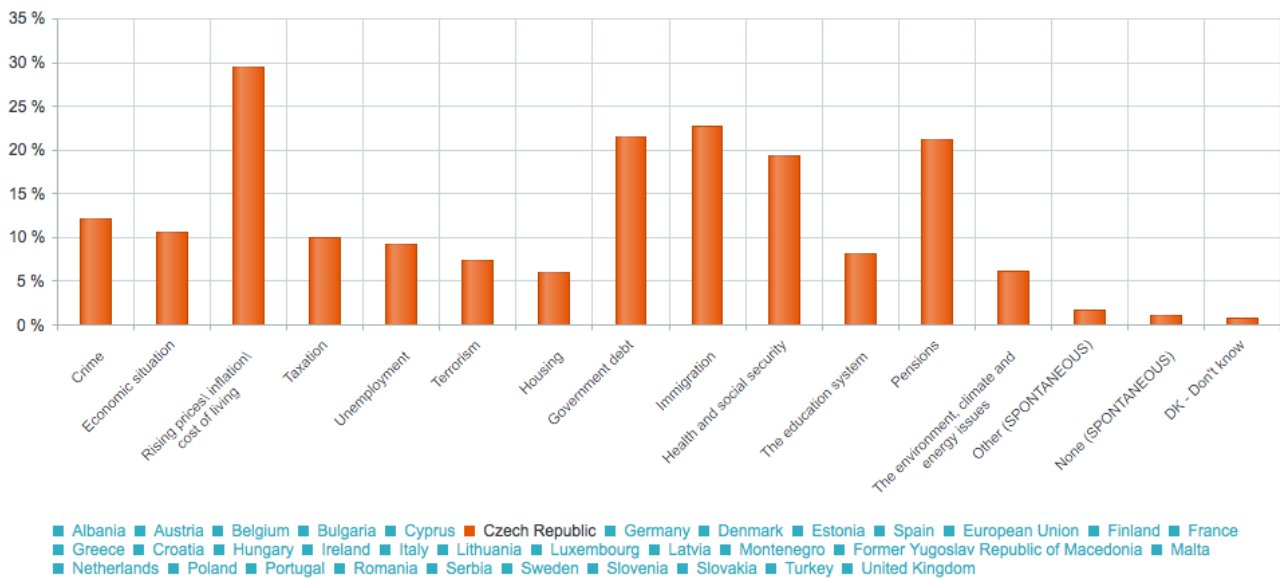


Abbildung 3: The two most important issues the Czech Republic is facing at the moment (EC 2017g).

Berichterstattung über den tschechischen Wahlkampf erstaunlicherweise aber den Eindruck, Flucht und Migration seien keine relevanten Themen gewesen. Diese Aussage ist dabei richtig und falsch zugleich.

Richtig ist sie insofern, als dass es über das Thema tatsächlich kaum eine kontroverse Diskussion gab. Nahezu alle politischen Gruppierungen demonstrierten Einigkeit darüber, dass Tschechien Einwanderung von außerhalb Europas weder braucht noch möchte. Sie zeigten sich damit gegenüber dem Gros der Bevölkerung responsiv, welches Immigration aus Nicht-EU-Staaten nicht nur mehrheitlich ablehnt. Mit 81,4 Prozent der Befragten, die die Immigration von Menschen aus Nicht-EU-Staaten als „negativ“ oder „eher negativ“ bewerten, sind die Vorbehalte in Tschechien – selbst im Vergleich mit den anderen Visegrád-Staaten – auf Rekordniveau. In der Slowakei sehen es 81,1 Prozent der Befragten ähnlich, in Ungarn 78,1 Prozent und in Polen 70,34 Prozent (EC 2017h). Spielten in der Nachwendzeit ethnische und religiöse Konfliktlinien nicht zuletzt in Anbetracht der ethnischen Homogenität der tschechischen Nation und der mehrheitlich bekenntnislosen Bevölkerung lange Jahre kaum eine Rolle, erscheinen sie in jüngsten Jahren zunehmend relevant. In dieses Bild fügt sich auch die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Globalisierung ein. Die Mehrheit der Befragten sieht in ihr eine Gefahr für Beschäftigung und Unternehmen im Land (EC 2017i).

Zugleich ist die Aussage, Flucht und Migration hätten im Wahlkampf keine Rolle gespielt, in bestimmter Hinsicht falsch. Wäre der Themenkomplex nicht mindestens mittelbar wahlrelevant gewesen, wäre wohl kaum zu erklären,

weshalb sich unter den insgesamt 31 zur Wahl stehenden politischen Gruppierungen solche befanden wie „DIE VERNÜNFTIGEN – Stopp der Migration und dem EU-Diktat (ROZUMNÍ – stop migraci a diktátu EU) oder der Block gegen die Islamisierung – Verteidigung der Heimat (Blok proti islamizaci – Obrana domova).

Dazu war zu beobachten, dass freilich auch die Parteien und Bewegungen, die eine realistischere Chance auf das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde und damit den Einzug in das Abgeordnetenhaus hatten, mit Blick auf potenzielle Wählerinnen und Wähler zu Flucht bzw. Migration eindeutig Stellung bezogen haben. Fast alle politischen Gruppierungen, die den Einzug dann auch tatsächlich schafften, hatten den Themenkomplex zuvor in erster Linie als Sicherheitsproblem adressiert und in zweiter Linie als Gefahr für die nationale Identität.<sup>9</sup> Im Wahlprogramm der siegreichen ANO (2017a, S. 2) etwa heißt es:

„In einer Welt der unendlichen Migrationskrise und terroristischen Anschläge in Europa ist die Sicherheit der Bürger erstrangig. Die Verteidigung der nationalen Identität hat für uns Priorität. Wir wollen die Gelder für den Geheimdienst und die Verteidigung erhöhen [...]. Unsere Sicherheit werden wir auch lautstark im Rahmen der EU und NATO durchsetzen. Wir müssen die äußere europäische Grenze schließen, uns gründlich gegen illegale Migration wehren, mit Schleusern kämpfen und vor allem die gesamte Situation außerhalb des europäischen Kontinents lösen. Das ist nicht nur unser nationales Interesse, sondern das des gesamten Europas, für das wir in Brüssel kämpfen müssen.“

Auch die nach der Wahl zweitstärkste Kraft, die bürgerlich-liberale und traditionell europaskeptische ODS the-

<sup>9</sup> Tatsächlich ist in den meisten Fällen nur von Migration die Rede, d.h. zwischen den Phänomenen Flucht, Migration und Immigration wurde nicht differenziert. Dort, wo die politischen Programme Migration näher spezifizieren, wird sie explizit am häufigsten als „illegal“ attribuiert und auf Menschen von außerhalb der EU bezogen. Einzige in den Artikulationen der rechtsradikalen SPD wird mit Migration explizit der Islam in Verbindung gesetzt. Die politische Bewegung verwehrt sich dabei gegen eine „Überflutung“ Tschechiens durch „Migranten aus feindlichen und inkompatiblen Kulturen“ (Okamura 2017).

matisiert Migration in ihrem Programm auf vergleichbare Weise. Unter der Rubrik „Äußere und Innere Sicherheit“ schreibt sie die „Ablehnung verpflichtender, von der EU vorgeschlagener Flüchtlingsquoten“ (ODS 2017, S. 10) fest.

Ungeachtet ihres Gleichheitsversprechens argumentieren mit ČSSD und KSČM auch die etablierten linken Parteien in eine ähnliche Richtung. Im Wahlprogramm der Sozialdemokraten heißt es:

„Wir werden die Entwicklung von Systemen präventiver Maßnahmen zum Stopp illegaler Migration unterstützen, allem voran gezielte und an Bedingungen geknüpfte humanitäre und Entwicklungshilfe in afrikanische und asiatische Staaten [...]. Wir haben solche Modelle abgelehnt und lehnen sie immer noch ab, deren zentrales und anhaltendes Prinzip verpflichtende Umverteilungsquoten sind.“ (ČSSD 2017, S. 29)

Auch die Kommunisten akzentuieren in ihrem Programm vor allem „ein sichereres und einigeres Europa im Kampf gegen den Terror“ und „das Verhindern von Migrationswellen mithilfe präventiver Aktionen“ (KSČM 2017, S. 21). „[A]ufgezwungene Quoten zur Umverteilung von Flüchtlingen“ (ebd., S. 7) lehnen auch sie ab.

Die unzweifelhaft extremste Form der Ablehnung findet sich bei der 2015 im Kontext der großen Migrationsbewegung nach Europa gegründeten und nun erstmals im Parlament vertretenen SPD. Auf Wahlplakaten verknüpfte die politische Bewegung den Islam – und nicht etwa den Islamismus – unmittelbar mit Terrorismus und erteilte beidem durch den Slogan NEIN DEM ISLAM, NEIN DEN TERRORISTEN (*NE ISLÁMU, NE TERORISTŮM*) eine Absage. Laut einer repräsentativen Umfrage stimmten 43 Prozent der befragten Tschechinnen und Tschechen der Aussage zu (MEDIAN 2017b, S. 9). Ungeachtet der mindestens fragwürdigen Verfassungskonformität solcher Artikulationen gebärdet sich das politische Programm der SPD an mancher Stelle gar verschwörungstheoretisch:

„Das bestehende Projekt der europäischen Integration gefährdet auch direkt die Freiheit und Demokratie in Europa. Teil dieses Prozesses ist die gelenkte Islamisierung Europas. Die vonstattengehende illegale Migration ist die Anfangsphase eines Konflikts, der in seiner letzten Konsequenz die Freiheit, Demokratie und die blanke Existenz der Tschechischen Republik und unserer Nation bedrohen wird. [...] Grundsätzlich lehnen wir die multi-kulturelle Ideologie, die ein Werkzeug der Islamisierung ist, ab.“ (SPD 2017)

Vergleichsweise liberal erscheint vor dem Hintergrund dieses Tableaus an ablehnenden, stellenweise gar alarmistischen Einstellungen die „Haltung der tschechischen Piratenpartei zur Flüchtlingswelle“. Sie wurde bereits 2015 formuliert, das Programm von 2017 (Piráti 2017, S. 14) verweist nur mehr auf sie:

„Die Piraten setzen auf einen rationalen Umgang mit Flüchtlingen sowohl auf der europäischen Ebene wie in der Tschechischen Republik. Die Flüchtlingswelle hat gezeigt, dass die europäischen Regeln einer Veränderung bedürfen – das Dublin-System funktioniert nicht. Die Piraten halten Quoten für keine Lösung, appellieren jedoch an die europäische Solidarität mit

überlasteten Staaten und an ein gemeinsames europäisches Vorgehen. Extreme Forderungen wie das Versenken von Flüchtlingsschiffen einerseits und die Aufnahme aller Immigranten andererseits sind keine Lösungen der gegenwärtigen Situation. Wir sind einverstanden mit der Einführung eines einheitlichen Asylverfahrens, bei dem die Mitgliedstaaten bevorzugte Gruppen von Migranten und Migranten bevorzugte Zielländer definieren. Ein Flüchtling muss die Aufnahme garantiert bekommen, aber keinesfalls in ein bestimmtes Land. Zur Klarstellung führen wir an, dass sich dieser Standpunkt auf Kriegsflüchtlinge, die um ihr Leben und ihre Familie fürchten, und auf politische Flüchtlinge, die wegen ihrer Einstellungen verfolgt werden, bezieht. [...] Er bezieht sich nicht auf Wirtschaftsflüchtlinge, die nicht um ihr Leben fürchten müssen, sondern nur einen besseren Lebensstandard möchten.“ (Piráti 2015)

Neben Artikulationen, die Migration mit Sicherheits- und/oder Identitätsfragen verknüpften, ließ sich im Wahlkampf noch eine dritte diskursive Verkettung ausmachen: die von Migration und Ökonomie. Exemplarisch hierfür steht folgende Aussage von Andrej Babiš (2017) aus einem Interview mit einer polnischen Journalistin:

„Last time, during the meeting of non-eurozone ministers of finance, we were speaking with the Swedish Minister of Finance Magdalena Andersson. She said: ‚We should reduce the structure of funds because you’re not taking in the migrants.‘ [...] So I responded ‚Yes, we receive the money, but on the other hand Swedish companies invest in my country and in Poland and get dividends every year: €10 billion in the Czech Republic and €25 billion from Poles. What else do you want? Your company makes a profit because it saves on the salaries of our people. In Germany, you would pay them three times more.‘ It looks almost the same with migration. We have a similar position with Warsaw. You employ 1 million Ukrainians, we employ 200,000. We want our companies to choose foreign workers when we want, not when Jean-Claude Juncker will tell us to.“

In Aussagen wie dieser kristallisiert sich nicht nur ein Bewusstsein für die eigene staatliche Souveränität heraus samt dem Willen, selbst bestimmen zu wollen, wer auf das Staatsgebiet kommen darf und wer nicht, wie das Staatsvolk zusammengesetzt sein soll und wie nicht. Verknüpft ist diese spezielle Form des Selbstbewusstseins mit einem altbekannten diskursiven Muster, demzufolge sich die ostmitteleuropäischen Staaten als „Montagehalle“ des Westens“ sehen, als „EU-Bürger zweiter Klasse“ (Gruberová/Zeller 2017).

#### 4 DAS WAHLERGEBNIS IM EINZELNEN

Bereits in den Monaten vor der Abgeordnetenhauswahl gaben demoskopische Umfragen einen sich fortsetzenden Wandel des tschechischen Parteiensystems zu erkennen. Wurde, wie bereits beschrieben, die Parteienlandschaft bis in die 2000er-Jahre noch von zwei Großparteien dominiert, übersprang in der Wahl von 2013 nur noch eine einzige Partei die Zwanzigprozentmarke. Den Prognosen aller relevanten Institute zufolge sollte allein die ANO mehr als 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Allen anderen Parteien wurden lediglich Stimmgewinne zwischen 5 und 13 Prozent attestiert (CVVM 2017j, MEDIAN 2017c und STEM 2017). Der Urnengang zeigte sodann, wie sich Parteipräferenzen zwischen der Wahl von 2013 und 2017 verschoben:

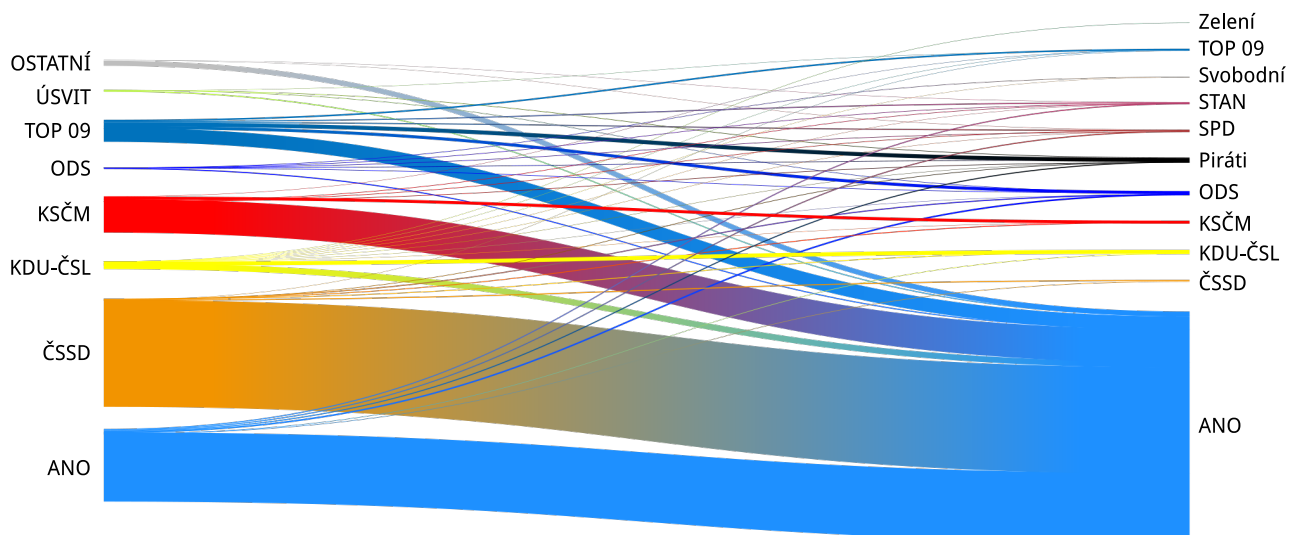


Abbildung 4: Wählerwanderung zwischen der Abgeordnetenhauswahl von 2013 und 2017 (STEM/MARK 2017).<sup>10</sup>

Eine unmittelbar vor der Wahl durchgeführte soziodemografische Studie zeigte, dass beispielsweise in der Altersgruppe der über Sechzigjährigen die Mehrheit der Befragten zur ANO tendierte; etwa 40 Prozent der entsprechenden Wahlberechtigten wollten der Partei ihre Stimme geben. Menschen im mittleren Alter neigten wenige Tage vor der Wahl neben der ANO eher Parteien aus dem rechten politischen Spektrum zu (ODS und TOP 09). Die jüngeren Wählerinnen und Wähler tendierten neben der ODS zu den Piraten (MEDIAN 2017b, S. 17).

Als für die Parteipräferenz wichtiger als das Alter hat sich auch bei der diesjährigen Wahl der Bildungsgrad herausgestellt. Die ANO erhielt den größten Teil ihrer Unterstützung von Menschen ohne Abitur, wenngleich sie auch für Personen mit Abitur durchaus attraktiv war. Die Wählerschaft der Kommunisten verfügte dagegen zumeist über keinen höheren Bildungsabschluss. Die größte Unterstützung signalisierten Menschen mit Abitur für die Piraten, die Christdemokraten und alle anderen Parteien aus dem rechten Teil oder der Mitte des politischen Spektrums (ODS, TOP 09 und STAN) (ebd., S. 18).

Hinsichtlich der Beschäftigung lässt sich Folgendes sagen: Unter den manuell Arbeitenden deuteten sich große Erfolge für die rechtsradikale SPD an, während die Sozialdemokraten und Kommunisten im Vergleich zur letzten Wahl massiv einbüßten. Diejenigen, die manuell nicht tätig sind, gaben an, auch diesmal eher Parteien aus dem rechten politischen Spektrum oder die liberalen Piraten wählen zu wollen. Bei den nicht Erwerbstätigen (u.a. Rentnerinnen und Rentner) genoss die ANO sehr große Zustimmung (ebd., S. 19).

Mit Blick auf das Wahlergebnis erscheinen zuletzt drei Aspekte besonders bemerkenswert: der große Erfolg der ANO, das Fiasko der etablierten linken Parteien und der

Einzug dreier neuer politischer Gruppierungen in das Abgeordnetenhaus samt dem damit verknüpften Fragmentierungsschub.

#### 4.1 WAS BEDINGTE DEN GROSSEN ERFOLG DER ANO?

Den haushohen Sieg der politischen Bewegung ANO bedingen mehrere Faktoren. Ein immer wieder zuerst genannter ist Populismus. In einer analytisch fruchtbaren Minimaldefinition lässt sich darunter eine „politische Mobilisierungslogik“ (Marchart 2017) verstehen, wie sie hier im Kontext der Auseinandersetzung mit Babiš bereits gestreift wurde. Im größeren Zusammenhang mit der ANO lässt sich diese Logik in zweierlei Hinsicht spezifizieren: zum einen in eine bestimmte Form der inhaltlichen Vagheit, zum anderen in eine krude Anti-Establishment-Inszenierung (Bělíček/Šplíchal 2016).

Wirft man einen Blick auf das Wahlprogramm der ANO, wird schnell plausibel, was mit inhaltlicher Vagheit gemeint ist. Allein in sprachlicher Hinsicht sticht die horrende Verwendung von Plattitüden wie „Ja, es wird besser werden“ (ANO, *bude líp*) heraus. Als Kenner der tschechischen Politikszene beschreibt Hanley (2017) das Wahlprogramm als „an andyne grab-bag of technocratic promises“ wie etwa der Senkung von Steuern oder der Beseitigung unternehmerischer Hindernisse. Verorten lässt es sich als Ganzes weder links noch rechts; je nach Politikfeld, aber auch im Rahmen einzelner *policies* ist der Standpunkt der Partei nicht eindeutig in ein vereinfachtes Schema einzuordnen (ANO 2017a). Aus liberalen, bürgerlichen und sozialdemokratischen Anleihen setzt sich auch das übergeordnete politische Programm der ANO zusammen (ANO 2017b). Die Vagheit war schließlich erfolgreich: Mit dem Slogan „Für Fähige und Fleißige kämpfen. UND NICHT LABERN!“ (*Bojovat za schopné a pracovitě.*

<sup>10</sup> Obwohl die einzelnen Ströme der zitierten Visualisierung nur unzureichend mit vorliegenden Statistiken korrespondieren (beispielsweise ist die Parteipräferenz für die ANO 2017 überdimensioniert), illustriert die Darstellung die teils signifikante Wählerwanderung dennoch eindrücklich.

A *NEBLÁBOLIT!*) konnten sich im Zuge des Wahlkampfs etwa 37 Prozent der Befragten identifizieren (MEDIAN 2017b, S. 9).

Als für den Partei-Erfolg mitverantwortlich gilt zudem Babišs Anti-Establishment-Inszenierung: Selbst in der Rolle des Finanzministers und Vizepremiers hat sich der ANO-Vorsitzende wieder und wieder als systemischer, dem Wohl der Nation jedoch fest verhafteter Außenseiter stilisiert (Havlík/Haughton 2017).<sup>11</sup> „In a country where frustration with the governing class is high, this has worked.“ (Economist 2017b) Dazu hätte die ANO vielleicht besser NE, also Nein geheißen, denn allem voran wurde Politik gegen etwas gemacht: gegen Korruption, gegen Hindernisse für Unternehmer oder allgemein gegen „Gelaber“. Ausdrücklich lieben ANO-Kandidatinnen und -Kandidaten von Wahlplakaten aus auch verlautbaren, sie seien nicht wie Politiker. Die Einschätzung, die Anti-Establishment-Gebärden der Partei seien bei der Wahl ein maßgeblicher Erfolgsfaktor gewesen, ist mit Blick auf eine aktuelle wie repräsentative Umfrage jedoch zu relativieren: Nur 21 Prozent der Befragten haben die ANO als jenseits des Establishments zu verortende Partei wahrgenommen.<sup>12</sup> Eher erschien ihnen die Partei als ein neuerer, effektiverer und vertrauenswürdigerer Teil der geltenden Verhältnisse (MEDIAN 2017b, S. 13).

Ein weiterer Erfolgsfaktor war sicherlich Andrej Babiš persönlich. Der charismatische 63-Jährige führt einen wenig exzentrischen Lebensstil und inszeniert sich zugleich mehr oder minder glaubwürdig als

„an ascetic workaholic, sacrificing himself for the good of the nation, just as previously he sacrificed himself for his company. He has the image of a simple, sober, and strict person who doesn't beat around the bush and has no time for idle talk.“ (Běliček/Šplíchal 2016)

Im Zuge seiner in vielerlei Hinsicht äußerst professionell gestalteten Kampagne – die er im Gegensatz zu vielen anderen Konkurrenten nicht erst ein paar Wochen vor der Wahl einleitete – zeigte sich Babiš volksnah (Hanley 2017). Besonders gern trug er dabei graue Strickpullover. Er war sich weder zu fein, schwere Feuerwehrbekleidung zu tragen, noch zu schade, Hunderte Exemplare seines Buches „Wovon ich träume, wenn ich zufällig schlafe“ (*O čem sním, když náhodou spím*) zu signieren und vielerorts kostenlos an den Mann oder an die Frau zu bringen.

Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe hat Babiš nicht nur vehement bestritten. Er hat sie bisweilen beeindruckend pariert, indem er sich als Opfer einer „permanenten

Kampagne“, eines „Putsches“ der „korrumpierten Hydra“ namens Establishment präsentierte (Novinky 2017), das ihn mit allen Mitteln aus der Politik hinausdrängen wolle. Etliche Beobachter zeigten sich im Vorfeld und Nachgang der Wahl darin einig, die Anschuldigungen und Skandale hätten Babiš nicht geschadet (exemplarisch siehe Zeit Online 2017). Auch diese Bewertung relativiert ein Blick auf aktuelle Umfrageergebnisse: Die ‚Causa Storchenest‘ etwa hatte bei 13 Prozent der wenige Tage vor der Wahl Befragten zur Folge, dass sie deshalb für eine andere Partei stimmen wollten; die Entscheidung des slowakischen Verfassungsgerichts, welche das Verhältnis von Babiš zum kommunistischen Staatssicherheitsdienst erneut zur Diskussion stellte, hatte auf 7 Prozent eine entsprechende Wirkung (MEDIAN 2017b, S. 12). Dass die Affären für die ANO mindestens einen gewissen Aderlass zur Folge hatten, darf vor diesem Hintergrund als wahrscheinlich gelten.

Für die ANO-Wählerschaft war zuletzt der Faktor Kompetenz entscheidend. Während der vergangenen Jahre hat die Partei in ihren Augen einen ‚guten Job‘ gemacht. Zwar benoteten Tschechinnen und Tschechen ihre Arbeit in einer repräsentativen Umfrage insgesamt nur mit der Note 3; relativ zu allen anderen Parteien und politischen Institutionen schnitt die ANO damit jedoch am besten ab (CVVM 2017, S. 2). Überdurchschnittlich bewerteten die Befragten die ANO in einer anderen Umfrage bezüglich ihrer Fähigkeiten und ihrer Vertrauenswürdigkeit; zugleich zeigten sich mit 43 Prozent die meisten Befragten davon überzeugt, die Partei werde im Vergleich zu anderen politischen Gruppierungen ihr Programm nach der Wahl am ehesten umsetzen (MEDIAN 2017b, S. 13).

Speziell in ökonomischen Belangen trauen viele Tschechinnen und Tschechen der ANO mehr zu als anderen Parteien. In erster Linie verknüpfen diejenigen, die angaben, die ANO wählen zu wollen, die Partei mit der Erwartung, ihren Lebensstandard zu erhöhen, in zweiter Linie damit, die Korruption im Land zu bekämpfen (ebd., S. 7). Ein wichtiger Grund für die Zuschreibung von derlei Kompetenz sind zweifellos die ökonomischen Erfolge des Landes in den vergangenen Jahren.

Babiš ist es dabei in erstaunlicher Weise gelungen, diese für sich zu verbuchen (Pehe 2017). Wer ein milliarden-schweres Firmenimperium von Gewinn zu Gewinn steuern kann, der kann auch einen Staat erfolgreich lenken.

11 Babišs technokratische Argumentation übersetzt in Verbindung mit seiner Selbstinszenierung als volksnaher Non-Party-Politician auf bemerkenswerte Art und Weise den zentraleuropäischen Topos der „unpolitischen Politik“. Entstanden zu Beginn des 20. Jahrhunderts, ist damit im tschechischen Kontext der Philosoph und erste tschechoslowakische Präsident Tomáš Garrigue Masaryk verbunden. Für Masaryk war die unpolitische Politik Teil eines emanzipatorischen Programms gesellschaftlicher Modernisierung. Im Gegensatz zur vermeintlich unmoralischen parlamentarischen Politik – assoziiert wurde damit der österreichische Reichsrat – geriet die politische Verantwortung eines jeden Bürgers für das Wohl der Nation zur höchsten, weil integersten Form der Politik (Havelka 1998). Aufgegriffen hat die Figur in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dann Václav Havel. Obgleich er sie in seiner Rolle als Dissident etwas anders ausfüllte, blieb auch bei ihm die Idee erhalten, es müsse eine Politik jenseits der ideologisch aufgeladenen, damals noch kommunistisch dominierten Politikszene geben. In ebendiesem Punkt schickt sich nun stellenweise auch Babiš an, diese Sicht zu tradieren.

12 Als nicht zu den etablierten Strukturen gehörend beschrieben mit 37 Prozent weit mehr Befragte die Piraten und mit 40 Prozent die meisten Befragten die rechtsradikale SPD (MEDIAN 2017c, S. 13).

So simpel die Logik klingt, so unreflektiert bleibt die (Un-) Übersetzbarkeit von Know-how aus der ökonomischen in die politische Sphäre.

#### 4.2 WIE KAM ES ZUM WAHL-FIASKO DER LINKEN?

Ein zweiter, wesentlicher Aspekt des Wahlergebnisses ist das Fiasko der etablierten linken Parteien. Im Verhältnis zur Abgeordnetenhauswahl von 2013, in der die KSČM fast 15 Prozent holte, verloren die Kommunisten 2017 fast die Hälfte der Stimmen und – nicht zuletzt aufgrund der Auszählung nach dem d'Hondt-Verfahren, das kleine Parteien benachteiligt – mehr als die Hälfte der Mandate. Es ist das schlechteste Ergebnis seit der Parteigründung 1921. Auch ging die demoskopische Forschung bis zu dieser Wahl davon aus, dass die KSČM ein sehr loyales Elektorat hat. Die Sozialdemokraten verloren im selben Vergleichsmaßstab nahezu zwei Drittel der Stimmen. Waren sie 2013 noch die einzige Kraft mit über 20 Prozent, fielen sie vier Jahre später bei den tschechischen Wählerinnen und Wählern durch. Die ČSSD erreichte nur knapp 7,3 Prozent und liegt nun noch hinter den Kommunisten. Wie kam es zu dieser Entwicklung?

Die Wahlschlappe der Kommunisten lässt sich verhältnismäßig einfach erklären: Es fehlten hauptsächlich Stimmen von Protestwählenden. Diese hatten bei der diesjährigen Wahl eine Vielzahl an Möglichkeiten, gegen das Establishment zu stimmen – und nahmen diese Möglichkeiten am Ende auch wahr. Insgesamt wanderten die meisten der ehemaligen KSČM-Wählerinnen und -Wähler entweder zu Babišs ANO oder zu Okamuras SPD (ČT24 2017b). Die meiste Unterstützung verloren die Kommunisten unter der arbeitslosen Bevölkerung.

Etwas komplizierter ist die Erklärung des sozialdemokratischen Wahldebakels. Wie Abbildung 4 veranschaulicht, wechselten mit Abstand die meisten Wählerinnen und Wähler zwischen der Abgeordnetenhauswahl von 2013 und 2017 von der ČSSD zur ANO. Auch eine demoskopische Untersuchung des tschechischen Statistikamts bestätigt diese massive Bewegung (ebd.). Als ein erster Grund für letztere kann die Performanz der Partei in den vergangenen Jahren gelten. Die ČSSD verlor schließlich nicht erst in dieser Wahl an Attraktivität. Zunächst scheint dies dadurch bedingt, dass sie – ähnlich wie in Deutschland, wo die SPD mit den Hartz-Reformen für eine nicht unbedeutende Wählerschaft uninteressant wurde – mit einer Austeritätspolitik assoziiert wird, die in etwa zwischen 2006 und 2013 in Tschechien umgesetzt wurde (Bělíček/Šplíchal 2016). Hinzu kommt, dass Bohuslav Sobotka, der von 2011 bis Mai 2017 der ČSSD vorsah und in der letzten Regierung Ministerpräsident war, von vielen für inkompetent gehalten wird. Auf die Frage hin, wie die Leistung der wichtigsten politischen Parteien und Institu-

tionen in Schulnoten zu bewerten sei, erhielt Sobotka als Regierungschef mit der Note 3,9 die schlechteste Bewertung von allen. Von einem Drittel der Befragten erhielt er gar die Note 5, was in Tschechien die schlechteste Note ist (CVVM 2017j, S. 2).<sup>13</sup>

Als ein dritter Grund für den Misserfolg können schwelende innerparteiliche Richtungs- und Personalstreits benannt werden. Während Sobotka den liberal-progressiven Flügel der Partei repräsentiert und die Sozialdemokratie vor allem für urbane Milieus attraktiver machen wollte, fürchtete der konservative Teil der Partei um traditionelle Wählergruppen und zweifelte die Ausrichtung der Partei massiv an. Einen vorläufigen Höhepunkt fanden diese Zweifel im Herbst 2013 (Schwarz 2013). Opponenten aus der Partei bemühten sich dabei mit Unterstützung von Präsident Miloš Zeman als ehemaligem ČSSD-Vorsitzenden, der bis heute kaum eine Gelegenheit ungenutzt ließ, Sobotka zu demütigen (Barner/Resl 2017, S. 1f.), um die Absetzung Sobotkas als Parteivorsitzendem. Der Versuch missglückte. Sobotka gelang es, sich zu behaupten. Zurück blieb eine beschädigte ČSSD.

Als Ausläufer parteiinterner Fehden und zugleich als einer von vielen taktischen Fehlern kann auch die Festlegung des Spitzenkandidaten für die diesjährige Wahl gedeutet werden. Gesetzt war zunächst Bohuslav Sobotka. Nur vier Monate vor dem Urnengang, infolge schlechter Umfragewerte, entschied sich die Parteiführung dazu, besser doch den amtierenden Außenminister Lubomír Zaorálek ins Rennen zu schicken (Radio Praha 2017a). Das Problem: Auch der wenig charismatische Zaorálek genießt in Tschechien nicht gerade große Sympathien. Nur 26 Prozent der Befragten sprachen dem 61-jährigen einen Monat vor der Wahl ihr Vertrauen aus; das sind noch über 10 Prozentpunkte weniger als der umstrittene Babiš erhielt (CVVM 2017k, S. 3). Einen Sympathiebonus, von dem Außenminister auch in Tschechien regelmäßig profitieren, gab es für Zaorálek also nicht.

Der vielleicht aktuellste und letzte Sargnagel für eine erfolgreiche Wahlkampagne der ČSSD war ein Konflikt um die Förderung von Lithium. Tschechien gehört zu den Ländern mit dem reichsten Lithiumvorkommen. Lithium wird beispielsweise zur Herstellung von Batterien benötigt. Nur drei Wochen vor der Wahl unterzeichnete der sozialdemokratische Wirtschafts- und Handelsminister Jiří Havlíček mit einer australischen Holding ein Memorandum, das dem Konsortium die Förderung des Leichtmetalls zubilligt. Von Babiš und seiner Partei wurde dieser Schritt als skandalös beschrieben und national aufgeladen. Die ANO kritisierte vor allem, dass ausländische Firmen den Rohstoff abbauen und womöglich gar im Ausland weiterverarbeiten könnten, sodass potenzielle Arbeitsplätze in Tschechien wegfallen (Radio Praha

13 Demgegenüber gaben die Respondentinnen und Respondenten der ANO für ihre Leistung die Note 3, womit sie die insgesamt beste Bewertung erhielt (CVVM 2017m, S. 2).

2017b). In einer Umfrage wenige Tage vor der Wahl gaben jedenfalls 11 Prozent der Befragten an, die Causa beeinflusse ihre Wahlentscheidung sehr und sie werden deswegen eine andere Partei wählen. Ein Drittel davon gab zugleich an, ANO wählen zu wollen (MEDIAN 2017b, S. 12).

#### 4.3 WIE ERKLÄRT SICH DER EINZUG VON DREI NEULINGEN IN DAS ABGEORDNETENHAUS?

Zuletzt erscheint am Wahlergebnis bemerkenswert, dass gleich drei neue politische Gruppierungen den Einzug in das Abgeordnetenhaus schafften. Eine strukturelle Ursache dafür, dass jede vierte Stimme an einen Neuling ging, ist zweifellos das eingangs dargelegte Misstrauen der tschechischen Bevölkerung in etablierte politische Institutionen und Parteien bzw. eine entsprechend kleine Stammwählerschaft. Begünstigt wurde die Entscheidung für eine neue politische Gruppierung durch weitere Faktoren: In einer repräsentativen Umfrage nannten 76 Prozent der Befragten die Redlichkeit und Moral der Kandidatinnen und Kandidaten als „sehr wichtig“ für ihre Wahl. Mit 60 Prozent folgten an zweiter Stelle die „konkret vorgeschlagene[n] Lösungen in den Parteiprogrammen“ (MEDIAN 2017b, S. 4). Benannt sind damit zwei Parameter, die mit einer bisherigen politischen Performanz im Abgeordnetenhaus wenig zu tun haben, die also zusätzlich die Wahl eines Newcomers zu motivieren im Stande waren.

Und wofür stehen nun die drei neuen parlamentarischen Kräfte? Die stärkste Partei unter ihnen, die Piratenpartei,<sup>14</sup> ist nach dem schwedischen Vorbild entstanden und gilt grundsätzlich als liberal. Ihre Schwerpunkte sind die Digitalisierung und die Freiheit des Einzelnen, wozu Datenschutz genauso zählt wie die Legalisierung bestimmter Drogen. Als eine der wenigen Parteien in Tschechien äußern sich die Piraten regelmäßig proeuropäisch. Ganz anders dagegen die SPD. Entstanden um Tomio Okamura, einen Unternehmer mit tschechisch-japanischen Wurzeln, der schon bei der vergangenen Wahl mit dem Parteineuling Morgendämmerung (*Úsvit*) den Einzug in das Abgeordnetenhaus geschafft hatte, gibt sich die SPD unzweifelhaft rechtsradikal. Als „heimatverbundene und demokratische Bewegung“ akzentuiert sie hauptsächlich die Verteidigung der tschechischen nationalen Identität gegen eine „Islamisierung“ (SPD 2017). Auch gegen die Minderheit der Sinti und Roma agitiert die SPD seit ihrer Gründung massiv. Daneben setzt sich die Partei für die Stärkung der direkten Demokratie ein. Eine der von ihr bereits geplanten Volksabstimmungen sollte den Verbleib Tschechiens in der EU – als einem in der gegenwärtigen Form „fehlgeleitete[n] Projekt zur Entwicklung eines europäischen Superstaates“ (SPD 2017) – zum Thema machen. Als dritter und letzter Newcomer schafften

es die Bürgermeister und Unabhängigen (STAN) in das Abgeordnetenhaus. Als eine liberal-konservative Bewegung, die bereits 11 von insgesamt 81 Sitzen im Senat besetzt, sind die Bürgermeister und Unabhängigen in der Mitte des politischen Spektrums zu verorten. Auch sie positionieren sich proeuropäisch und hatten in der Vergangenheit eine gewisse Nähe zur insgesamt ähnlich eingestellten TOP 09.<sup>15</sup>

#### 5 AUSBLICK

Im Nachgang zur Wahl überschlugen sich in Tschechien die Deutungen. Sah sich manch ein Beobachter veranlasst, die „Niederlage der liberalen Welt“ auszurufen, sprach ein anderer von einem ganz „gewöhnlichen Machtwechsel“ (ČT24 2017c). Einen gemäßigten Kommentar gab bereits im Vorfeld der Wahl ein Redakteur der Zeitschrift RESPEKT ab: „Wenn Tschechien nach knapp dreißig Jahren festere Wurzeln geschlagen hat, und es wäre verwunderlich, wenn nicht, wird es vier Jahre Babiš überleben.“ (Švehla 2017)

Alarmistische Deutungen erscheinen auch insofern überzogen, als bislang noch jede große Partei über kurz oder lang marginalisiert wurde bzw. sich selbst marginalisiert hat. Der Zuschnitt einer neuen Regierung ist derzeit jedoch vollkommen unklar. Babišs ANO hat bei der Wahl 78 von insgesamt 200 Sitzen im Abgeordnetenhaus gewonnen. Um die Geschäfte aufnehmen zu können, müssen der von ihr vorgeschlagenen Regierung 101 Abgeordnete das Vertrauen aussprechen. Rein rechnerisch ist eine Vielzahl von Koalitionen möglich. Das Problem: Koalieren möchte mit Babiš im Rahmen einer Mehrheitsregierung unter den gegebenen Bedingungen niemand. Für eine Minderheitsregierung der ANO ist – nach dem klaren Nein der bürgerlich-liberalen ODS zu jedweder Zusammenarbeit – die Unterstützung mindestens zweier anderer, im Parlament vertretener Gruppierungen notwendig. Die meisten haben inzwischen auch eine solche Rolle explizit ausgeschlossen. Unter bestimmten Bedingungen können sich die Kommunisten vorstellen, für eine ANO-geführte Minderheitsregierung ihre 15 Stimmen abzugeben. Nachdem aber die KSČM nicht zuletzt aufgrund ihres orthodox-kommunistischen Charakters im Parlament seit der Wende politisch isoliert ist, müsste sich eine potenzielle dritte Kraft gleich auf zwei kontroverse Gruppierungen einlassen. Selbst wenn sich für diese Rolle eine solche fände, haben Minderheitsregierungen keine Tradition. Vor diesem Hintergrund kommen auf das politische Tschechien äußerst unsichere Zeiten zu.

14 In Prag kam die Piratenpartei auf fast 20 Prozent der gültigen Stimmen.

15 Die Entscheidung für die STAN begünstigte aller Wahrscheinlichkeit nach auch, dass die tschechische Bevölkerung in Stadträtinnen und -räte (CVVM 2017l) und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (CVVM 2017m) das größte Vertrauen im Vergleich zu allen anderen politischen Institutionen hat. In beiden Fällen liegen die Werte konstant über 50 Prozent.

## LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

Agrofert (2017): O Agrofertu. Verfügar unter: <https://www.agrofert.cz/o-agrofertu> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

Aktualne.cz (2017): Celkové výsledky voleb. Verfügar unter: <https://zpravy.aktualne.cz/domaci/volby/vysledky-voleb-do-poslanecke-snemovny-2017/r~191f2eecb57c11e7a9d00025900fea04?redirected=1509171072#> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

ANO (2017a): Program hnutí ANO pro volby do Poslanecké sněmovny 2017. Verfügar unter: <https://www.anobudeliz.cz/file/edee/2017/09/program-hnuti-ano-pro-volby-do-poslanecke-snemovny.pdf> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

ANO (2017b): Pár slov o ANO. Verfügar unter: <https://www.anobudeliz.cz/cs/o-nas/par-slov-o-ano/> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

Babiš, Andrej (2017): „A ‚different‘ migration is needed“, Andrej Babiš im Interview mit EURACTIV.pl. Verfügar unter: <https://www.euractiv.com/section/global-europe/interview/andrej-babis-a-different-migration-is-needed/> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

Barner, Mattias/Resl, Alena (2017): Machtspiele an der Moldau. Die Demokratie in der Tschechischen Republik steht vor einer Bewährungsprobe (Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung). Verfügar unter: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_48903-544-1-30.pdf?171009095908](http://www.kas.de/wf/doc/kas_48903-544-1-30.pdf?171009095908) (letzter Zugriff: 30.10.2017).

Becker, Markus (2017): Brüssels Angst vor dem neuen Ostblock. Verfügar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-fuerchtet-blockade-durch-oesterreich-tschechien-ungarn-polen-und-slowakei-a-1174662.html> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

Beermann, Matthias (2017): Die rechte Front im Osten Europas. Verfügar unter: <http://www.rp-online.de/politik/eu/babis-kurz-orban-und-kaczynski-die-rechte-front-im-osten-europas-aid-1.7160814> (letzter Zugriff: 01.11.2017).

Bělíček, Jan/Šplíchal, Pavel (2016): The future leader of Czechia? Meet Andrej Babiš. Verfügar unter: <http://politicalcritique.org/cee/czech-republic/2016/meet-andrej-babis/> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

Cabada, Ladislav/Tomšić, Matevž (2016): The Rise of Person-Based Politics in the New Democracies: the Czech Republic and Slovenia; Politics in Central Europe 12 (2), S. 29-50.

Cichowlas, Ola/Foxhall, Andrew (2015): Now the Czechs Have an Oligarch Problem, Too. Verfügar unter: <http://foreignpolicy.com/2015/04/10/now-the-czechs-have-an-oligarch-problem-too-andrej-babis/> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

ČSSD (2017): Volební program ČSSD pro volby 2017. Verfügar unter: <https://www.cssd.cz/data/files/program-210x210-seda.pdf> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

ČSÚ (2017): Statistika. Verfügar unter: <https://www.czso.cz/csu/czso/cr/prumerne-mzdy-1-ctvrtleti-2017> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

ČT24 (2017a): Babiš o nezávislosti médií lhal, říkají politici i „jeho“ novináři. Verfügar unter: <http://www.ceskatelevize.cz/ct24/domaci/2108573-babis-o-nezavislosti-medii-lhal-rikaji-politici-i-jeho-novinari-misto-vysvetleni> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

ČT24 (2017b): Analýza: Od KSČM odešla řada voličů k Okamurově SPD. Verfügar unter: <http://www.ceskatelevize.cz/ct24/domaci/2281705-analyza-od-kscm-odesla-rada-volicu-k-okamurove-spd-hlavne-lide-bez-prace> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

ČT24 (2017c): Quo vadis, česká politiko? Do neznáma, možná i k novému systému, tvrdí komentátoři. Verfügar unter: <http://www.ceskatelevize.cz/ct24/domaci/2280979-quo-vadis-ceska-politiko-do-neznama-mozna-i-k-novemu-systemu-tvrdi-komentatori> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

CVVM (2017a): Stranické preference a volební model v září 2017. Verfügar unter: [https://cvvm.soc.cas.cz/media/com\\_form2content/documents/c2/a4415/f9/pv170925.pdf](https://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4415/f9/pv170925.pdf) (letzter Zugriff: 30.10.2017).

CVVM (2017b): Důvěra Poslanecké sněmovně ČR. Verfügar unter: <http://cvvmapp.soc.cas.cz/#question7> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

CVVM (2017c): Důvěra Senátu ČR. Verfügar unter: <http://cvvmapp.soc.cas.cz/#question8> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

CVVM (2017d): Důvěra vládě ČR. Verfügar unter: <http://cvvmapp.soc.cas.cz/#question6> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

CVVM (2017e): Spokojenost s politickou situací. Verfügar unter: <http://cvvmapp.soc.cas.cz/#question4> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

CVVM (2017f): Hodnocení ekonomické situace ČR. Verfügar unter: <http://cvvmapp.soc.cas.cz/#question3> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

CVVM (2017g): Hodnocení životní úrovně domácnosti. Verfügar unter: <http://cvvmapp.soc.cas.cz/#question2> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

CVVM (2017h): Spokojenost se životem. Verfügar unter: <http://cvvmapp.soc.cas.cz/#question13> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

CVVM (2017i): Míra naléhavosti různých oblastí veřejného života – únor 2017. Verfügar unter: [https://cvvm.soc.cas.cz/media/com\\_form2content/documents/c2/a4271/f9/po170322.pdf](https://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4271/f9/po170322.pdf) (letzter Zugriff: 30.10.2017).

CVVM (2017j): Hodnocení činnosti politických stran a vybraných institucí – červen 2017. Verfügar unter: [https://cvvm.soc.cas.cz/media/com\\_form2content/documents/c2/a4378/f9/pi170721.pdf](https://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4378/f9/pi170721.pdf) (letzter Zugriff: 30.10.2017).

CVVM (2017k): Důvěra stranickým představitelům – září 2017. Verfügar unter: [https://cvvm.soc.cas.cz/media/com\\_form2content/documents/c2/a4425/f9/pi171005.pdf](https://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4425/f9/pi171005.pdf) (letzter Zugriff: 30.10.2017).

CVVM (2017l): Důvěra obecnímu zastupitelstvu. Verfügar unter: <http://cvvmapp.soc.cas.cz/#question10> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

CVVM (2017m): Důvěra starostovi obce či městské části. Verfügar unter: <http://cvvmapp.soc.cas.cz/#question11> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

EC (2017a): Trust in the National Parliament. Czech Republic (from 02/2004 to 05/2016). Verfügar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/mobile/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/18/groupKy/89> (letzter Zugriff: 20.10.2017).

EC (2017b): Trust in the National Government. Czech Republic (from 10/2003 to 05/2017). Verfügar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/mobile/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/18/groupKy/98> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

EC (2017c): Trust in Political Parties. Czech Republic (from 11/2000 to 05/2017). Verfügar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/chartType/lineChart//themeKy/18/groupKy/85/savFile/554> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

EC (2017d) Please tell me if you tend to trust it or tend not to trust it? The Council of the European Union. Czech Republic (from 05/2005 to 05/2013). Verfügar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/chartType/lineChart//themeKy/9/groupKy/31/savFile/554> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

EC (2017e): Please tell me if you tend to trust it or tend not to trust it? The European Commission. Czech Republic (from 2004 to 05/2017). Verfügar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/chartType/lineChart//themeKy/9/groupKy/24/savFile/850> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

EC (2017f): Please tell me if you tend to trust it or tend not to trust it? The European Parliament. Czech Republic (from 2004 to 05/2017). Verfügar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/chartType/lineChart//themeKy/9/groupKy/23/savFile/850> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

EC (2017g): What do you think are the two most important issues facing the Czech Republic is facing at the moment? (05/2017). Verfügar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/42/groupKy/208> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

EC (2017h): Please tell me whether each of the following statements evokes a positive or a negative feeling for you. Immigration of people from outside the EU (05/2017). Verfügar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/59/groupKy/279> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

EC (2017i): Which one of the following two statements is closest to your opinion regarding globalisation? (06/2009). Verfügar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/32/groupKy/189> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

*Economist* (2017a): The new Czech leader is not leading an anti-Europe uprising. Verfügar unter: <https://www.economist.com/news/europe/21730662-andrej-babiss-threat-czech-republic-oligarchy-not-ideology-new-czech-leader> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

*Economist* (2017b): The tangled affairs of the probable next Czech prime minister. Verfügar unter: <https://www.economist.com/news/europe/21729553-andrej-babis-billionaire-industrialist-turned-politician-has-multiple-conflicts> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

EJO(2013): Steht Tschechien vor einer Berlusconisierung? Verfügar unter: <http://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/tschechien#more-10232> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

*Financial Times* (2016): Lunch with the FT: Andrej Babiš. Verfügar unter: <https://www.ft.com/content/83908fd2-d4a5-11e5-829b-8564e7528e54> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

*Forbes* (2017): Andrej Babis. Real time net worth – as of 11/1/17. Verfügar unter: <https://www.forbes.com/profile/andrej-babis/> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

*Gruberová, Eva/Zeller, Helmut* (2017): Die Guten, die Bösen und der Kontinent; Süddeutsche Zeitung, 24.10.2017, S. 12.



- Hancl, Vladimír* (2002): Die Tschechische Kommunistische Partei: orthodoxes Fossil oder erfolgreiche neokommunistische Protestpartei? (Politikinformation Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung). Verfügbar unter: <http://library.fes.de/fulltext/id/01425.htm> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Hanley, Seán* (2017): Czech election preview: Is Andrej Babiš heading for a Pyrrhic victory? Verfügbar unter: <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2017/10/16/czech-election-preview-is-andrej-babis-heading-for-a-pyrrhic-victory/> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Havelka, Miloš* (1998): „Nepolitická politika“: kontexty a tradice; Sociologický časopis 34 (4), S. 455-466.
- Havlík, Vlastimil/Haughton, Tim* (2017): 5 reasons that populist billionaire Andrej Babis is likely to win the Czech elections. Verfügbar unter: [https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2017/10/19/5-reasons-that-populist-billionaire-andrej-babis-is-likely-to-win-the-czech-elections/?utm\\_term=.e30900b9b4eb](https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2017/10/19/5-reasons-that-populist-billionaire-andrej-babis-is-likely-to-win-the-czech-elections/?utm_term=.e30900b9b4eb) (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Janzer, Till* (2017): Flüchtlingspolitik: Wahlkampfthema in Tschechien? Verfügbar unter: <http://www.radio.cz/de/rubrik/schauplatz/fluechtlingspolitik-wahlkampfthema-in-tschechien> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Kirchheimer, Otto* (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems; Politische Vierteljahresschrift 6, S. 30-41.
- KSČM* (2017): Volební program KSČM pro volby do Poslanecké sněmovny Parlamentu České republiky 2017. Verfügbar unter: [https://www.kscm.cz/sites/default/files/soubory/Program%20KSČM/volebni\\_program\\_kscm\\_pro\\_volby\\_do\\_ps\\_pcr\\_2017.pdf](https://www.kscm.cz/sites/default/files/soubory/Program%20KSČM/volebni_program_kscm_pro_volby_do_ps_pcr_2017.pdf) (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Marchart, Oliver* (2017): Liberaler Antipopulismus, Ein Ausdruck von Postpolitik; APuZ 44-45, S. 11-16.
- MEDIAN* (2017a): Sněmovní volební model MEDIAN, první polovina října 2017. Verfügbar unter: [http://www.median.eu/cs/wp-content/uploads/2017/10/MEDIAN\\_Snemovni\\_volebni\\_model\\_2017\\_10.pdf](http://www.median.eu/cs/wp-content/uploads/2017/10/MEDIAN_Snemovni_volebni_model_2017_10.pdf) (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- MEDIAN* (2017b): Výzkum pro volební studio ČT. Verfügbar unter: [http://www.median.eu/cs/wp-content/uploads/2017/10/Vyzkum\\_pro\\_volebni\\_studio.pdf](http://www.median.eu/cs/wp-content/uploads/2017/10/Vyzkum_pro_volebni_studio.pdf) (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- MEDIAN* (2017c): Volební model MEDIAN – říjen 2017. Verfügbar unter: <http://www.median.eu/cs/volebni-model-median-rijen-2017/> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Le Monde* (2016): Andrej Babis, le milliardaire slovaque qui séduit les Tchèques. Verfügbar unter: [http://www.lemonde.fr/europe/article/2013/10/22/andrej-babis-le-milliardaire-slovaque-qui-seduit-les-tcheques\\_3501050\\_3214.html](http://www.lemonde.fr/europe/article/2013/10/22/andrej-babis-le-milliardaire-slovaque-qui-seduit-les-tcheques_3501050_3214.html) (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Nejezchleba, Martin* (2017): Einer flog übers Storchennest. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2016/33/tschechien-eu-finanzminister-unternehmer-andrej-bibas/komplettansicht> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Novinky* (2017): Je to kampaň, je to puč, zkorumpovaná hydra, účelová provokace. Verfügbar unter: <https://www.novinky.cz/domaci/438745-je-to-kampan-je-to-puc-zkorumpovana-hydra-ucelova-provokace-babisovi-se-nelibi-vysetrovaci-komise-k-nahravkam.html> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- ODS* (2017): Silný program pro silné Česko. Verfügbar unter: <http://www.ods.cz/docs/volby2017/Program-ODS-2017-web.pdf> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Okamura, Tomio* (2017): Tomio Okamura: Migranti z nepřátelských kultur. Verfügbar unter: <http://www.spd.cz/novinky/tomio-okamura-migranti-z-nepreatelskych-kultur> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Pehe, Jiří* (2017): „Erstmals könnten Populisten an die Macht kommen“, Jiří Pehe im Interview mit Radio Praha. Verfügbar unter: <http://www.radio.cz/de/rubrik/schauplatz/erstmal-koennten-populisten-an-die-macht-kommen-politologe-pehe-ueber-tschechien-2017> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Piráti* (2015): Postoj České pirátské strany k vlně uprchlíků. Verfügbar unter: <https://www.pirati.cz/tiskove-zpravy/stanovisko-k-uprchlikum.html> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Piráti* (2017): Volební program pro volby do Poslanecké sněmovny 2017. Verfügbar unter: [https://www.pirati.cz/assets/pdf/program\\_cerne\\_na\\_bilem.pdf](https://www.pirati.cz/assets/pdf/program_cerne_na_bilem.pdf) (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Puhl, Jan* (2013): „Babisconi“ greift nach der Macht. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/andrej-babis-milliardaer-favorit-bei-wahl-in-tschechien-a-929572.html> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Radio Praha* (2017a): Wahl zum Abgeordnetenhaus 2017. Verfügbar unter: <http://www.radio.cz/de/static/wahlen-2017/> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Radio Praha* (2017b): Lithium: Streit um die Förderung des Leichtmetalls. Verfügbar unter: <http://www.radio.cz/de/rubrik/tagesecho/lithium-streit-um-die-foerderung-des-leichtmetalls> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Safran, W.* (2009): The Catch-all-Party Revisited, Reflections of a Kirchheimer Student; Party Politics 15 (5), S. 543-554.
- Schmidt, Hans-Jörg* (2017): Flüchtlinge? Kein Thema; Sächsische Zeitung, 18.10.2017, S. 3.

Schwarz, Karl-Peter (2013): Ein tschechischer Berlusconi. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/wahl-in-der-tschechischen-republik-ein-tschechischer-berlusconi-12631133.html> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

Schwarz, Karl-Peter (2013): Putsch und Verrat an der Moldau. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/tschechische-republik-putsch-und-verrat-an-der-moldau-12638099.html> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

SPD (2017): Politický program SPD. Verfügbar unter: <http://www.spd.cz/program> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

Spiegel Online (2017): Tschechiens Ministerpräsident Sobotka kündigt Rücktritt der Regierung an. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tschechien-bohuslav-sobotka-kuendigt-ruecktritt-an-a-1145806.html> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

STEM (2017): STEM – volební preference – červen 2017. Verfügbar unter: <https://www.stem.cz/stem-volebni-preference-cerven-2017/> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

STEM/MARK (2017): Volební projekce. Verfügbar unter: <http://www.stemmark.cz/volebni-projekce/> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

Švehla, Marek (2017): „Nikdy s Babišem“ se dobře poslouchá. Ale co po volbách? Verfügbar unter: <https://www.respekt.cz/politika/nikdy-s-babisem-se-dobre-posloucha-ale-co-po-volbach> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

Verseck, Keno (2017): Tschechien wählt den Unzufriedenen. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/andrej-babis-in-tschechien-triumphiert-die-aktion-unzufriedener-buerger-a-1174103.html> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

Vodička, K. (2010): Das politische System Tschechiens; in: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas; Wiesbaden, Springer VS, S. 275-315.

Washington Post (2017): Czech OM candidate to face secret-police trial again. Verfügbar unter: [https://www.washingtonpost.com/world/europe/czech-pm-candidate-to-face-secret-police-trial-again/2017/10/12/97bc4fe2-af2c-11e7-9b93-b97043e57a22\\_story.html?utm\\_term=.6a87563808cc](https://www.washingtonpost.com/world/europe/czech-pm-candidate-to-face-secret-police-trial-again/2017/10/12/97bc4fe2-af2c-11e7-9b93-b97043e57a22_story.html?utm_term=.6a87563808cc) (letzter Zugriff: 25.10.2017).

Zeit Online (2017): Immunität von Wahlfavorit Andrej Babiš aufgehoben. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-09/tschechien-andrej-babis-immunitaet-eu-subventionsbetrug?print> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

## AUTORIN

### KRISTINA CHMELAR

Kristina Chmelar ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Dresden (Mercator Forum Migration und Demokratie) und an der FAU Erlangen-Nürnberg (Institut für Politische Wissenschaft). An das Diplomstudium der Politikwissenschaft in Erlangen und Budapest schloss sich eine Promotion zur Inszenierung staatlich organisierter Erinnerung in Deutschland und Tschechien an. Gefördert wurde das Projekt u.a. von der Studienstiftung des deutschen Volkes. Darüber hinaus ist Kristina Chmelar Mitglied des DFG-geförderten wissenschaftlichen Netzwerks Trans|Wissen, das Veränderungen von Wissen in transnationalen Kontexten untersucht, und eines DFG-geförderten Netzwerks, welches ein Handbuch zum Thema Soziale Gedächtnisse erarbeitet.

E-Mail: kristina.chmelar@tu-dresden.de

## ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

### **MIDEM untersucht:**

- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

### **MIDEM hat zur Aufgabe:**

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie Stellung zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

## IMPRESSUM

### **Herausgeber:**

Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden

*Institut für Politikwissenschaft/  
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*  
Philosophische Fakultät  
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811  
midem@mailbox.tu-dresden.de  
www.forum-midem.de

### **Direktor:**

Prof. Dr. Hans Vorländer  
TU Dresden

© MIDEM 2017

### **Gestaltung:**

Christian Chalupka

*MIDEM ist ein Projekt der Technischen Universität Dresden in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen, gefördert durch die Stiftung Mercator.*

